

Thesen des Wirtschaftsrats Sachsen-Anhalt zur aktuellen Finanzpolitik (auch Pressemitteilung)

Wir sorgen uns um den Wirtschaftsstandort Deutschland und Sachsen-Anhalt. Hier müssen durch die Politik weitreichende Weichenstellungen getroffen werden. Die Landespolitik muss dies unterstützen.

1. Der „Cocktail“ aus hohen Steuern, Abgaben und Energiepreisen muss weggeschüttet werden.

2. Die Wirtschaft im Ausland wächst, und Deutschland fällt immer weiter zurück. Die Probleme sind hausgemacht. Wir fordern ein Sofortprogramm für die Wirtschaft. Ohne eine funktionierende Wirtschaft kann der Wohlstand in Deutschland nicht erhalten werden. Dies sind:

- Leistung muss sich lohnen, über eine zeitgemäße Erbschafts- und Schenkungssteuer nachdenken, keine Denkverbote,
- Abschaffung des Solidaritätszuschlages,
- Abschaffung von Steuern auf Überstundenentgelte, Leistungsanreize stärken,
- der Leistungsgedanke und das Prinzip Eigenvorsorge müssen wieder Grundlage des Wirtschaftens werden,
- breite Entlastung des Mittelstandes von zu hohen Steuern, Abgaben und Energiepreisen,
- breite Entlastung des Mittelstandes durch Bürokratieabbau, alle neuen Gesetze, die Bürokratie verursachen, sollen gestoppt werden,
- verstärkte Anwerbung von Fachkräften aus dem Ausland, Bürokratie abbauen,
- zur Stärkung von Forschung und Entwicklung Ausbau der steuerlichen Forschungszulage und bessere Bedingungen für Start-Ups auch durch besseres Förderregime,
- so Investitionen in Zukunftstechnologien und Technologieoffenheit stärken und hierdurch mehr Anreize für noch mehr Wettbewerb um die besten Zukunftstechnologien schaffen,
- dies mit kluger Ansiedlungspolitik im Land und Exzellenzinitiative verbinden,
- und hierdurch Schaffung wirtschaftlicher Systemköpfe und Leuchttürme (siehe etwa Ansiedlungspolitik in Magdeburg und Halle) sichern,

- Ausbau der Europäischen Union und Stärkung der Europäischen Beziehungen. Die Pläne politischer Extremisten nach einem Radikalumbau der EU oder sogar einem Austritt sind an Schlichtheit nicht zu überbieten. Die deutsche Wirtschaft ist exportabhängig. Die Ideen politischer Extremisten, Deutschland zu deindustrialisieren, oder sogar in einen vordemokratischen Zustand zurückzuführen, sind entschieden zurückzuweisen. Vielmehr ist die Europäische Union durch den weiteren Ausbau demokratischer Strukturen zu stärken – und nicht zu schwächen.
- Der Befund ist richtig:
„Der deutsche Außenhandelsüberschuss war in den letzten Jahren stetig hoch und Deutschland stand dafür international in der Kritik. Richtig ist vielmehr, dass wir seit Jahren zu wenig investieren und von der Substanz leben bzw. den öffentlichen Kapitalstock aufzehren. Daher sind wir globalen Krisen stärker ausgesetzt.“
 Fabio De Masi – Berliner Zeitung am 06.08.2023
- Die Stromsteuer und Netzentgelte sollen zum 1. Oktober gesenkt werden.
- Das Heizungsgesetz soll gestoppt werden.
- Für Unternehmen soll es weniger Steuern auf einbehaltene Gewinne und bessere Abschreibungen geben.
- Wir müssen mehr arbeiten. Eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit ist nach dem heutigen technologischen Stand nicht möglich.

3. **Klare Ordnungspolitik:** Wir brauchen keine dirigistischen Maßnahmen. Wirtschaftspolitik muss Optionen schaffen. Die Politik muss hierfür die notwendigen Rahmenbedingungen setzen. Diese müssen attraktiv sein. Wir wehren uns dagegen, den Menschen ihre Freiheit zu entziehen durch einseitige Vorschriften und Verbote. Die Menschen müssen ihre Talente frei entfalten können. Dies sichert Freiheit und führt zum „Wohlstand für Alle“. Deshalb ist die Soziale Marktwirtschaft die beste Wirtschaftsform. Sie ist die wirtschaftliche Seite der liberalen Demokratie. Sie stärkt diese somit und erteilt alle extremistischen Tendenzen von Rechts oder von Links eine Absage.

Magdeburg, den 29.08.2023

Dr. Michael Moeskes
 Landesvorsitzender